

Cüberer Volksbote

Organ für die Interessen der wertvollen Bevölkerung

Der „Cüberer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu besorgen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Aussträger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgesparte Zeitung oder deren Raum 60 Pf., Verlarmungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pf., auswärtige Anzeigen 60 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publicationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 288.

Dienstag, den 10. Dezember 1918.

25. Jahrg.

Die Sozialisierung

I. Einige Vorfragen.

Solang die Revolution einen rein politischen Charakter hatte, fand sie den weitesten Beifall auch in den Kreisen, die bis dahin in der Monarchie die Stütze der Ordnung, die Sicherung des Staates und das geschichtlich Notwendige sahen. Von einer dünnen Schicht konserватiver Kreise abgesehen, haben Wilhelm II. und Ludwig III. alles getan, um den politischen Erfolg der Revolution zum wertvollen Schatz und zum dauernden Gemeingut des deutschen Volkes zu machen.

Politische Revolutionen sind bei all ihrer hohen Bedeutung weit leichter durchzuführen, weit besser verständlich zu machen und, von den durch die Revolution direkt Geschädigten abgesehen, weit leichter zu ertragen, als wirtschaftliche Revolutionen. Nun kann man einwenden, daß in jeder politischen Revolution ein Stück wirtschaftliche Revolution statt. Die große Revolution von 1789 hat mit den feudalen Rechten des hohen Adels und der Geistlichkeit aufgeräumt, aber ein großer Teil dieser Arbeit war vollendet, bevor die Bauern und Bürger Frankreichs in den Cahiers für die Nationalversammlung ihre Forderungen zu Papier gebracht hatten. Die Revolution vom Jahre 1848 sollte der vollständigen Freiheit der Kapitalausnützung den Weg bahnen, aber schon vor der Revolution hat das preußische Gewerbegebot und die Politik des Zollvereins vieles verwirkt, was sich die Revolution als Ziel gesetzt hat. Vor allem ist aber festzustellen, daß der Kreis der durch die bürgerliche Revolution von 1848 Geschädigten ein sehr enger war.

All das ist ganz anders in der gegenwärtigen Revolution. So gewaltig das politische Ergebnis ist, es erscheint klein im Vergleich zu den Zielen der wirtschaftlichen Revolution. Die wirtschaftliche Revolution wird getragen von dem durch mehr als fünfzig Jahre niedergedrückten Willen der Arbeiter, der nun explosiv zum Ausbruch kommt. Es hat sich die Vergesellschaftlichung der Produktion zum Ziele gesetzt.

Die bedeutsamste programmatische Forderung der Sozialdemokratie soll nun aus der Theorie in die Praxis umgesetzt werden. Was als ein fernes Endziel den Arbeitern und Arbeiterninnen vorgezeichnet ist, rückt ihnen nun als nicht mehr ferne Wirklichkeit näher. Gerade dieses Ziel der Revolution, was ihr innerer Kern sein soll, befremdet viele Glieder der bürgerlichen Gesellschaft, erscheint ihr als Gefahr, macht sie unsicher in ihrer Stellung zur Revolution.

Auch die Arbeiter und Arbeiterinnen sind sich durchaus nicht ganz klar, um was es sich bei der Sozialisierung handelt, denn gerade die letzten Ziele der Sozialdemokratie rückten seit den großen Wahlerfolgen in der Partei, bei den ist hierdurch erwachsene gewaltige parlamentarischen Aufgaben und Kämpfen, bei der oft nur zu einseitigen Beschäftigung der Parteipresse und Parteagituation mit den Gegenwartsfragen immer mehr in den Hintergrund. So erwuchsen zwei verschiedene, einander entgegengesetzte und doch beide nicht das Tatsächliche, Mögliche und auch das Notwendige völlig treffende Anschauungen in der Arbeiterschaft über die Sozialisierung.

Die einen stehen dem Plane immer noch fremd gegenüber, die andern glauben ihn heute schon verwirklichen zu können. Die ersten meinen, daß es sich um einen Sprung ins Dunkle handle, die andern, daß es eine einfache Umschaltung gelte, für die ein kräftiges Wollen notwendig ist und auch genüge. Die ersten empfinden den fürchterlichen Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft infolge des Krieges als eine Ursache, sich mit der Sozialisierung nicht zu beeilen, sie betonen dabei, daß man ein bantertes Geschäft nur mit aller nüchternen Überlegung übernehmen soll. Die anderen denken nur an die Kriegsgewinne der Industrie und schließen aus diesen Kriegsgewinnen auf unbegrenzte Leistungsfähigkeit und auf die Möglichkeit, in der sozialistischen Verwaltung der Unternehmung einen gewaltigen Vorteil für die Gesellschaft und für die Arbeiter zu gewinnen. Sie übersehen dabei, daß zur Führung der Unternehmung nicht die für die Kriegszwecke angepaßte Maschinerie, sondern eine durchaus andere, für Friedensproduktion geeignete, angewandt werden muß, und daß die Roh- und Hilfsstoffe wie die Halbfabrikate reichlich vorhanden sein müssen, wenn man mit der sozialistischen Produktion erfolgreich beginnen will.

Wir müssen uns eben vor Augen halten, daß eine erfolgreiche, den Massen und den Gegnern durch ihre Leistungsfähigkeit und Ertragfähigkeit Eindruck machende Gemeinwirtschaft notwendig ist, wenn wir imstande sein sollen, unsere entscheidende Aufgabe, die Sozialisierung, im Interesse der Arbeiterklasse und der deutschen Volkswirtschaft durchzuführen. Das ist der Grund, warum begeisterte Anhänger der Sozialisierung, warum ihre scharfsten Befürworter wie Karl Kautsky und Rudolf Hilferding zur Überlegung und Vorsicht mahnen. Die Übertragung eines Betriebes aus der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft kann durch einen Befehl wohl erreicht werden. Aber es kommt nicht darauf an, daß wir das befehlen, sondern darauf, daß wir

einen sozialwirtschaftlichen eindrucksvollen Nutzen bei unsfern ersten, also für die Stimmung entscheidenden Experimenten erzielen.

Nichts würde die letzten Ziele einer sozialistischen Revolution mehr gefährden als ein unüberlegtes, überstürztes, unsystematisches Eingreifen in das durch den Krieg sehr schwierig gewordene Wirtschaftsleben und eine Enttäuschung über unser Wollen. Wir müssen uns klar sein, daß es besser ist, etwas später, aber gut vorbereitet und vollkommen überlegt und sicher entscheidende Schritte zur Sozialisierung zu machen, als so große Entschlüsse zu verwirken, bevor die Voraussetzungen gegeben sind.

Es ist durchaus verfehlt, zu meinen, daß diejenigen nicht die richtigen Sozialisten sind, die nicht mit einem kühnen Sprung in die sozialistische Gesellschaft hinein wollen. Es handelt sich hier um die folgerichtigsten und über das ganze Ergebnis der Revolution entscheidenden Entschlüsse. Es handelt sich um sehr komplexe Probleme, die durchaus nicht durch einen Beschluss allein gelöst werden können.

Wir wollen deshalb in der Reihe weiterer Artikel die Frage der Sozialisierung erörtern, vor allem im nächsten uns darüber klar machen, welche Voraussetzungen ganz im allgemeinen, da heißt von den momentanen Schwierigkeiten infolge eines langjährigen Krieges abhängend, für die Sozialisierung gegeben sind.

Aus den besetzten Gebieten.

Nach neuesten Verordnungen der vorläufigen französischen Regierung in Elsaß-Lothringen wird jeder Handel mit den Mittelmächten verboten. Die Gerichtsbeamten sind bis auf weiteres ihrer Amtsführung enthoben. Instand sind die Kriegsgerichte. Eisenbahnbeamte und Eisenbahnpersonal bleiben im Dienst und werden der französischen Eisenbahnverwaltung unterstellt. Die Banken und Kreditinstitute haben bis zum 30. Dezember Mitternacht die Bilanz abzuschließen.

Das französische Kommando für Frankfurt a. M. in Stärke von 12 Offizieren und 25 Mann traf in Mainz ein.

Die englische Belagerung Kölns umfaßt bis jetzt etwa eine Kavalleriedivision und eine Infanteriedivision. Es ist ihnen befohlen, nur in den westlichen Außenvierteln Bürgerquartiere zu beziehen. So liegen in der inneren Stadt überhaupt noch keine Truppen. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Das bisherige Verhalten der englischen Belagung muß als fadelloß bezeichnet werden. Schon die Art des Einrückens der englischen Truppen wirkte wohltuend. Ganz unauffällig kamen sie an. Bis jetzt geht in Köln alles seinen gewohnten Gang. Telefon und Telegraph arbeiten, nur der linksrheinische Eisenbahnverkehr ruht. In Köln werden zunächst drei Divisionen einquartiert werden. Ein Teil davon wird später auf die Umgebung verlegt. Seit Sonntag ist jeglicher Automobil- und Motorradverkehr für die Zivilbevölkerung verboten. In Bonn ist ebenfalls englische Kavallerie eingetroffen. In Koblenz steht bereits eine amerikanische Kommission. Auch in Köln ist etwa ein Dutzend englischer, amerikanischer, belgischer und französischer Zeitungsvertreter angekommen.

Die Rheinschiffahrt ist jetzt freigegeben worden. Sie steht unter Kontrolle einer interalliierten Schifffahrtskommission in Köln. In Duisburg, Emmerich, Straßburg und Mannheim bestehen diese Unterausschüsse.

Mainz und Worms sind von den Franzosen besetzt. Deutsche Militärpersonen haben den Franzosen verhältnismäßig Gnade bezeugung zu erwiesen. In Saarbrücken wurden die Zeitungen unter Bogenkürze gehängt.

In Straßburg hielt der Präsident von Frankreich, Poincaré feierlichen Einzug.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Volksbeauftragte und Vollzugsrat
erlassen diese Bekanntmachung: In gemeinsamer Sitzung des Volksbeauftragten des Arbeiter- und Soldatenrates und des Rates der Volksbeauftragten wurde folgende Vereinbarung getroffen: Beide, geschaffen durch die Revolution, streiken denselben Ziele zu, dem deutschen Volk die sozialistische Republik zu sichern. Der Rat der Volksbeauftragten hält unbedingt an der durch die Revolution gegebenen Verhaftung fest, die ohne Zustimmung des Volksbeauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte nicht geändert werden kann. Aus der Sitzung des Volksbeauftragten ergibt sich das Recht der Kontrolle. Dem Rat der Volksbeauftragten liegt die ihm übertragene Executive ob. Beide sind überzeugt, daß ihre Tätigkeiten nur durch vertrauensvolles Zusammenarbeiten erproblich ausgeübt werden kann. Wir geben der Zuverlässigkeit Ausdruck, daß unser Volk in Anerkennung der schwierigen inneren und äußeren Lage uns dabei kräftig unterstützen wird.

Der Heimtransport der Kriegsgefangenen.

Nach dem Abschluß über die Heimhaftung der Kriegs- und Zivilgefangenen werden die Gefangenen, die auf dem

linken Rheinufer untergebracht sind, an Ort und Stelle den Militärbehörden der Alliierten und der Vereinigten Staaten übergeben. Die Gefangenen, die in Mitteldeutschland und in den östlichen Teilen von Norddeutschland untergebracht sind, werden im allgemeinen auf dem Seeweg anmarschiert, die sich in Süddeutschland befinden, mit der Eisenbahn durch die Schweiz heimbefördert. Die Kriegsgefangenen aus Mittel- und Norddeutschland werden zum Zwecke ihrer Heimbeförderung über See nach folgenden Häfen geschafft: Königsberg, Danzig, Stettin, Stralsund, Lübeck, Hamburg, Bremerhaven, Rotterdam und Antwerpen. Internierte Kommissionen werden unter dem Schutz der Genfer Konvention in diesen Häfen eingerichtet. Kriegsgefangene in Süddeutschland, ausgeschlossen die nördlichen Teile von Württemberg und Baden, werden mit der Eisenbahn durch die Schweiz über Basel, Singen und Konstanz heimbefördert. Die Kriegsgefangenen werden je nach dem Ort ihrer Internierung unter denselben Bedingungen wie die Kriegsgefangenen heimgeschafft. Sie müssen unabdingt mit dem ersten Transport abreisen. Das Abkommen findet auf russische und rumänische Kriegsgefangene keine Anwendung.

Bisher sind aus Deutschland Franzosen und Belgier 727 Offiziere, 50 000 Mann, Engländer 1226 Offiziere, 30 000 Mann, Amerikaner 1 Offizier, 150 Mann, Italiener 2300 Mann, aus dem von der Entente besetzten Gebiet Franzosen 54 700 Mann, Engländer 31 700 Mann, Italiener 22 800 Mann, Portugiesen 2000 Mann abtransportiert worden. Nicht eingerechnet sind hierbei eine große Zahl solcher Kriegsgefangenen, die sich aus Lagern und Arbeitsstätten eigenmächtig entfernt haben.

Das Komplott gegen den Vollzugsrat.

Außer zwei Beamten des Auswärtigen Amtes (Graf Matthisch und v. Rheinbaben) sind als Urheber der Verhaftung des Volksbeauftragten eine Reihe Persönlichkeiten zu betrachten. Im Hotel Bristol, das gesperrt wurde, sind man 22 Herren, die verdächtig erschienen. Es befinden sich darunter mehrere Studenten Herr v. Rheinbaben (der nicht identisch ist mit dem Legationsrat Werner v. Rheinbaben), ein jüngerer Prinz von Hohenlohe und ein Herr Dr. Sack. In einem Nebenraum stand man 300 Gewehre.

Die Tätigkeit Joffes in Berlin.

Durch einen Funkspruch an den Volksbeauftragten Haase macht Joffe Mitteilungen über die Waffenrechnung, die in dem Zug der abreisenden russischen Vertretung gefunden worden ist. Er behauptet, die dort angeführten Waffen seien nur zur Ausrüstung nach Russland bestimmt gewesen. Die Zahl der angekauften und dem zivilen Minister Barth übergebenen Waffen sei, wie Herr Haase weiß, viel höher. Auch seien Herr Barth nicht nur 105 000 Mark, sondern mehrere hunderttausend Mark zur Bezahlung von Waffen übergeben worden. „Indem ich das feststellen möchte“, schließt Herr Joffe, „röhme ich mich, durch diese meine Tätigkeit, die im Einverständnis mit den Ministern Haase, Barth und anderen gehabt, auch für meine Person zum Siege der deutschen Revolution nach Kräften gewirkt zu haben.“

Die Volksbeauftragten Haase und Barth demonstrieren die Behauptung Joffes. Barth erklärt, den Ankauft von Waffen habe er ausschließlich mit Geldern deutscher Parteien genossen vorgenommen. Er habe auch Haase von dem Revolutionsplan erst Mitteilung gemacht, als die Waffen gekauft waren und er ihn vor vollendete Tatsachen stellen konnte.

Verhaftung rheinischer Großindustrieller.
Wegen Landesverrats, begangen durch den Versuch, die Entente zu einer Besetzung des Industriegebietes zu bewegen, wurden nach Stundenlangem Verhör vom Arbeiter- und Soldatenrat Mülheim die Großindustriellen August Thyssen, Fritz Thyssen jun. und Edmund Stinnes sowie die Direktoren Herrle, Becker, Wirth, Kommerzienrat Küchen und Bergassessor Stenz verhaftet. Die Festgenommenen werden nach Münster gebracht und werden von dort wahrscheinlich nach Berlin geschafft, wo sie für verantworten sollen. Die Firma Thyssen hat gegen die Verhaftung der Herren Thyssen und der Direktoren bei dem Volksbeauftragten Edert Protest eingelegt. Ebenso protestierte das Direktorium der Firma Krupp gegen die vorübergehende Verhaftung eines Mitgliedes des Direktoriums als Geisel.

Nach Meldung der „Freiheit“, des Organs des Mülheimer Arbeiter- und Soldatenrates hat Thyssen in einer in Dortmund abgehaltenen Sitzung der Notwendigkeit der Belebung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes durch die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes und ferner, weil der deutsche Kapitalismus der Entente eng verbrüderlich gewesen sei und diese Verbindung erhalten werden müsse.

Es wurde beschlossen, die Geheimakten des Bundes der Industriellen und der Einzelwerke nach Hannover in Sicherheit zu bringen.

Auktionierungen in München.

Sonntagnachmittag fand die erste Tagung des Münchener Arbeiterrats statt. Bei der Frage der Wahl der Vertreter aus Delegiertenlager des Landesarbeiterrats kam es zu großem tumult, welcher schließlich in Fächtkeiten gipfelte.

die Gewerkschaftsführer ausarbeiten. Diese wünschen unter fortwährendem größten Lärm schließlich den Staat verlassen. Zu gleicher Zeit wurden in einer Versammlung der Münchener Kaserne die Vorläufe der Freitagnacht beschlossen und eine Entschließung angenommen, welche die Ausführungen auf das schärfste missbilligt und auch die Angriffe auf die Freiheit der Presse verurteilt. Im weiteren Bericht der Sitzung sprachen die Kaserne die dem Münchener Soldatenrat ihre Misstrauen aus wegen der Art und Weise, wie die Delegierten zum provisorischen bayerischen Nationalrat gewählt wurden. Der Soldatenrat ist daraufhin zurückgetreten. Die Regierung gibt bekannt, daß die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit bestimmten Truppen angewiesen wurden, erforderlichenfalls von der Waffe Gebrauch zu machen.

Schwere Anschuldigungen gegen den König von Bayern.

Das „Leipziger Tageblatt“ kündigt an, daß Veröffentlichungen bevorstehen, die dem deutschen Volke die Tatsache enthüllen werden, daß wieder und wieder, sogar noch in den letzten Stunden vor der Revolution, König Ludwig von Bayern versucht hat, gegen das Reich zu konspirieren. Nicht nur das Gerücht über den Plan eines südwürttembergischen Rheinbundes hat sich als wahr erwiesen. In seiner Eifersucht auf Norddeutschland soll er es gewesen sein, der den Mut hatte, in der Stunde der höchsten Not die Einheit des deutschen Volkes zu vertragen, um das heilige römische Reich deutscher Nation als katholisches süddeutsches Reich wieder erneut zu lassen und für diese Neugründung den Separatisten unter Preisgabe Nordeutschlands zu erkauft.

Kleine politische Nachrichten.

Gegen die wirtschaftliche Absperrung des linksrheinischen Gebietes hat Staatssekretär Solf Protest erhoben.

Die Kriegsgesellschaften und Kompanien sind abzuschaffen, soweit sie sich nicht durch den Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen von selbst ausschalten, nicht vorsichtig ohne Grund aufgelöst.

Zwei englische Kreuzer sind in den Hafen Memelwasser bei Danzig eingelassen. Sie sollen den Abtransport der in Danzig zusammengezogenen englischen Gefangen überwachen.

Die ehemalige Romagagnie Liecknecks, die Armerierungskompanie, bei der er diente, hat in einer Entschließung seine leidige verbrecherische Tätigkeit auf das schärfste bekämpft.

Die Besprechungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes sollen am 12. Dezember in Trier beginnen.

Stack Wilsons Ankunft in Paris soll die Frage einer aus Ententeruppen bestehenden Militärpolizei für Berlin und Umgebung entschieden werden.

Die Regierungen Frankreichs und Belgiens erhalten jetzt die Milliardensumme darstellenden Rundschläge, die sich in den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten bei ihrem Einmarsch ebenfalls vorhanden zurück.

Die neuingerückten Fronttruppen in Berlin unter Führung des Generals Legris den Treueid an die Republik und die provvisorische Regierung in die Hand des Volksbeauftragten Ebert im Rathaus geleistet.

Schweiz.

Ägyptische Ausländer. Der Bundesrat beschloß die Ausweisung von 400 „unwürdigen“ Ausländern.

Frankreich.

für einen gerechten Frieden. Die „Humanité“ wendet sich gegen den nationalen Chauvinismus. Sie kündigt an, daß am Tage der Ankunft Wilsons in Paris alle sozialistischen Arbeiter Frankreichs im ganzen Lande Kundgebungen veranstalten werden zugunsten eines gerechten und demokratischen Friedens und gegen allen Imperialismus und Chauvinismus.

Schweden.

Brach mit Russland. Aus Stockholm wird amtlich gemeldet, daß wegen der Lebensmittelzweckmäßigkeit, der Unzuverlässigkeit und der wiederholten Grenzabsperrungen in Russland die dort weilenden Schweden zur Heimkehr aufgerufen und die dortige schwedische Vertretung auf das äußerste eingeschränkt

wurde. Die Mitglieder der Gesandtschaft in Petersburg und des Generalkonsuls in Moskau haben Russland verlassen bis auf zwei.

Berammlung der Elbudder Bürgerlichkeit.

b. 216 o. d. 9. Dezember 1918.

Begann 6.20 Uhr. Wortführer Dimpfer.

1. Antrag: Wahlrecht (2. Lesung.)

Die hier erklärt, unter den vorliegenden Umständen im höheren Interesse unseres Staates für die Gesetzesvorlage zu stimmen.

Dr. Hartwig beantragt: die Wahlzeit steht bis 5 Uhr aus 7 Uhr abends zu verlängern, was auch beschlossen wird. Ebenfalls Zustimmung findet sein Antrag bez. Wahlrechtsverlust, der besagt: 1. Entmündigung oder unter vorläufiger Vormundschaft Stehender; 2. welche infolge eines rechtsgültigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangeln.

Dr. Götz tritt für Kommissionsberatung ein, um an der Hand des Reichstagswahlrechts all' Zweifel zu beseitigen, die insbesondere in bezug auf die Verhältniswahl entstehen könnten.

Klein stellt mehrere Änderungsanträge, deren wichtigste besagen: „Namen auf dem Stimmzettel dürfen nur einem einzigen der öffentlich bekannten gegebenen Wahlvorschläge entnommen sein.“ — „Enthält ein Stimmzettel einen Namen mehr als einmal, so gilt der Name nur an der ersten Stelle. Enthält der Stimmzettel mehr Namen als zulässig sind, so sind die letzten zu streichen. Namen, die eine vorschlagsweise Person nicht erkenntlich bezeichnen, sowie die Namen nicht wählbarer Personen werden gestrichen.“ — „In Zweifelsfällen entscheidet der Wahlvorstand, welchen Wahlvorschlag der Stimmzettel zuzählen ist.“

Die Anträge werden vom Antragsteller eingehend begründet, der darauf hinweist, daß sie dem Wahlgesetz für die Nationalversammlung entsprechen.

Von Senatsstiftung wird diesen Ausführungen zugesagt.

Stellung erklärt, wenn sich alle nur soweit in die Vorlage vertieft hätten, wie Dr. Götz, dann wäre allerdings eine Kommissionsberatung notwendig. Die Vorlage könnte jetzt ganz gut verabschiedet werden, denn die Vorschläge Kleins seien so klar, daß jeder erkennt, worum es sich handle.

Die Anträge Kleins werden angenommen.

Jenne kündigt den Fall der gestempelten Wahlzetteln.

Senator Evers ist gegen diesen Wunsch.

Niemann (Schlupf) und Dr. Bendix warnen vor diesem Schritt, der jede Kontrolle unmöglich machen würde.

Jenne zieht darauf seinen Antrag zurück.

Schulz fordert diesen Zusatz: Bis die Wahl stattgefunden hat, führt das an Jahren älteste Mitglied der Bürgerschaft den Vorstoss.

Der Antrag wird angenommen und darauf die ganze Gesetzesvorlage.

2. Antrag: Bemäßigung von Mitteln für die Tafstellung von Wählerlisten. (7320 Mr.)

G. Schlers fragt, warum in den städtischen Büros noch immer so viele Damen beschäftigt werden, darunter Frauen von Beamten, die nicht auf diesen Verdienst angewiesen seien. Vielen vom Heeresdienst Entlassene und Kriegsverwiegte marten auf Arbeit und könnten gut an die Stellen dieser Damen treten. Es würde auch eine Erhebung der Arbeitslosigkeit bedeuten und die Erwerbslosenunterstützung entlasten.

Von Senatsstiftung wird erklärt, es seien bereits Erhöhungen im Gange.

3. Antrag: Schaffung von Kleinsiedlungen zur Übernahme der Wohnungsnot.

Mitverhandelt wird gleichzeitig die Eingabe des Bundesdeutschen Bodenreformers, Ortsgruppe Lübeck, betreffend Bauweise der in der Kettwingsstrasse neu zu erbaulichen 50 Kleinsiedlungen.

Schleicher bringt Wünsche vor in bezug auf Baurechtsaufsicht in der Alshude.

Aug. Pape bittet der Industrie keine Beschränkungen aufzuerlegen, damit sie sich auch Wohnraum erwerben könne.

Schulz erinnert an die Eingabe des Bodenreformers zu sprechen. Man möge die Grundsätze des Vereins nach Möglichkeit bei den Wohnungsbauten an der Kettwingsstrasse und bei neuen Bauten beachten. Man soll vom Bau von Mietskasernen absiehen und Einwohnerhäuser mit Gärten lassen. Notwendig sei auch eine Erwerbung der Häuser durch die Mieter in geburtenstarker Form. Redner stellt einen dahinzielenden Antrag.

Senator Evers: Beim Bau an der Kettwingsstrasse kommt das Schäfchen zuрат. In Zukunft werde man die Anträge beachten. Die Senatsvorlage wird angenommen, ebenso der Antrag Schulzmeric.

4. Antrag: Befotung von Kriegsdekretmännern.

Dr. Eickenburg gibt den Kommissionsbericht. Eine geheime Prüfung habe die Möglichkeit ergeben, an Ort und Stelle eine Erweiterung vorzunehmen.

Senator Dr. Weinehr: Die Soldatenverbände hat sich in ihrer Mehrheit auf den Standpunkt der Kommission gestellt.

Aug. Pape fragt, ob noch Kriegsteilnehmer empfangen werden oder ob die Fahnen zum Empfang der Engländer hängen bleiben sollen. Dann wendet sich Redner gegen den Soldatenrat, der die Offiziere wieder entlassen habe, weil sie ihm den Treueid nicht leisteten. Es habe keine Veranlassung vorgelegen, den Eid einem Soldatenrat zu leisten, der sich in selbstüberlicher Weise eingesetzt habe. Die Offiziere hätten im Felde ihre Pflicht erfüllt.

Stelling erklärt, der Empfangsausschuß habe wohl erwogen, ob die Fahnen hängen bleiben sollen oder nicht. Bei der unregelmäßigen Anzahl habe man sich entschieden, die Fahnen und Banner zu belassen, damit die Leute den guten Empfangswillen sehen. In der anderen Angelegenheit sei er nicht unterrichtet.

Die Vorlage wird angenommen.

Schluss 8.30 Uhr.

Kapitalistische Gegenrevolutionsoptische in Hamburg.

Wir haben gestern kurz berichtet über den von Kapitalisten finanzierten Betrieb, durch einen Putifel beim Arbeiter- und Soldatenrat die Macht zu entziehen. Der Hamburger Presse geht vor der Nachrichten- und Presseabteilung des Arbeiter- und Soldatenrates folgende Darstellung über die Ereignisse zu:

An den Redakteuren des „Hamburgerischen Korrespondenten“ traten vor einer Woche Kapitalisten und Reaktionäre mit der Anfrage heran, ob er ihnen nicht Vermittlung mit Soldatenkreisen verschaffen könnte. Es handelte sich darum, führende radikale Mitglieder des Arbeiterrates zu verhören und unbedingt zu machen, den Arbeiterrat mit gemäßigten Elementen zu beladen und sofort Senat und Bürgerschaft zwecks Schaffung einer hamburgischen Verfassung einzuberufen. Unter hatte Beziehungen zu den Matrosen Zeller, dessen Tätigkeit in der Revolution gefeiert wurde. Dem Zeller gelangten sich die ehemaligen Mitglieder der Presseabteilung des A. und S. Rates, Frey und Wolf, bei. In mehreren Besprechungen zwischen Frey, Wolf, Zeller und Unter wurde beschlossen, 14 Mitglieder des A. und S. Rates und andere im Bürodenprinzip liegenden Revolutionäre zu verhören, nämlich: Baumgärtner, Heise, Herz, Kuhne, Siemer, Frau Holle, Schneider, Frölich, Dittmann, Schmid, Scheible, Lampi, Lindau und Seiter. Drei sollten am Montag morgen, 6 Uhr, in ihrer Wohnung festgenommen und mittels Quisitos dem Untersuchungsgegenstand zugeführt werden, die von Zeller unterschriebenen Proklamationen und Aufrufe, die der Bevölkerung von der neuen „Volksregierung“ Mitteilung machen sollten, waren bereits entnommen und sollten am Sonnabendmittag in die Druckerei gegeben werden. Von einer Gruppe Kapitalisten waren nach der Erfahrung Zellers über eine halbe Million Mark zur Verfügung gestellt, womit die Truppen bestochen werden sollten. Auch Senatsmitglieder waren von dem Plan unterrichtet. Am Freitag nachmittag fand im Hotel „Vier Jahreszeiten“ eine Versammlung Zellers und seiner Mitstreitern mit acht bis zehn Gelehrten statt. Hier wurden alle Einzelheiten des Plans nochmals besprochen. Die Kapitalisten erklärten, Geld in unbestimmter Menge zur Verfügung stellen zu wollen. Der ehemalige liberale Reichstagsabgeordnete Dr. Blum hatte sich anfangs für den Plan sehr begeistert interessiert, hatte aber dann Bedenken bekommen und sich gegen den Plan wegen seiner Un durchführbarkeit ausgesprochen. Auch der Polizeihauptmann v. Rehstorff war an der Befreiung beteiligt, hat sich aber allerdringlich gegen die Dienstplan gewandt. Am Sonnabend nachmittag hatte Zeller mit den übrigen Verantwortlichen in einem Hamburger Restaurant eine Schlusssitzung. Hierbei wurden sie durch den Arbeiter- und Soldatenrat festgenommen, der bereits seit einigen Tagen vom Standort der Dinge Kenntnis hatte. Welche Kapitalistenkreise an dem Putschversuch beteiligt sind, und wie weit er in die offizielle Kreise hinein spielt, wird noch später mitgeteilt werden. — Nach einer Meldung des „Hamb. Fremdenbl.“ ist es dem Hauptbeschuldigten Zeller gelungen, aus seiner Haft zu entfliehen.

Montag mittag fand auf dem Rathausmarkt eine von Tausenden befuhrte Versammlung statt, in denen der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates Genosse Heise und später Geheime Dr. Laufferberg sprach. Abends fanden weitere acht überfüllte Massenversammlungen statt, in denen Redner des Arbeiter- und Soldatenrates über den in Hamburg verübten gegenrevolutionären Putsch sprachen. Im Hotel Bush, den etwa 7000 Personen füllten, wurde ein Antrag angenommen, den in den gegenrevolutionären Putsch verwickelten „Hamburgerischen Korrespondenten“ zu beschlagnahmen und als revolutionäres Organ herauszugeben. In einigen Versammlungen fand ein Antrag auf rechtl. Eröffnung aller Lebensmittel und Einführung der Einheitspreisung einstimmig Annahme.

Der nationalliberale „Hamburger Correspondent“, dessen gestrige Mittags- und Abendausgabe nicht erscheinen konnte, er-

klärt, daß er die letzte Sonntag, Röder, sagte der Schmied feuernd, „da wollen wir uns noch einmal vertragen!“

Und lachend flog er seinem Gesellen kräftig auf die Schulter. Sol mon noch ein paar Bissen Bier, Ilse. Und die Kaffe Steinbäcker bringe auch mit, rief er seiner schon davonliegenden Frau nach.

„Ihr seht ja aber heut aus, als wenn Euch der Amboss sonst dem Hammer in die Erde verjunkten wäre,“ redete er weiter, seinen Gesellen scherhaft anziehend. „Freilich, das Abschiednehmen wird Euch wohl schwer, namentlich, wenn man solch blühendes Mädel, wie Eures ist, im Stiche lassen muß.“

„Habt ganz recht, Meister,“ erwiderte Röder. „Noch dazu, wenn mein Gewissen nicht so ganz rein ist, wie es eigentlich sein sollte.“

„Oha!“ rief der Meister, die Augenbrauen hochziehend. „Wie denn das?“

„Ja, wißt Ihr, Meister, ich bin da in arger Verlegenheit und weiß nicht ein noch aus. So bin ich denn hergekommen, um vielleicht von Euch einen guten Rat zu erhalten.“

Die Meisterin trat nun mit einem Glaschen Braubier und der Schnapsflasche im Arm in die Stube, um alle Gläser zu füllen, worauf die drei sich gegenseitig zu tranken.

Röder, der Meister saß bedächtig den Schmied von seinem Sattel gewischt hatte, blickte er seiner Frau verschüttet zu und sagte:

„Na, mein lieber Röder, Ihr wißt ja, wenn ich Euch in irgend etwas helfen kann, dann bin ich bereit dazu. Denn ich sehe Euch ungern von hier scheiden. Ich habe lange nicht einen so famosen Kerl gehabt, wie Ihr einer seid. Also nur heraus mit der Sprache.“

Röder sah erst einen Augenblick verlegen in sein Glas um dann leicht erröten zu beginnen:

„Das was ich Euch hier jetzt mitteile, ist bis jetzt noch ein Geheimnis zwischen mir und meinem Schmied, und ich möchte es auch noch länger gewahrt wissen, wenigstens so lange, bis es eben von selbst hier entdeckt wird.“

Na, wißt einer, Röder, Ihr kam es dann ziemlich von seinem Sattel.

Der Meister und seine Frau wählten bedeutungsvolle Blickweiterungen, als Röder diese ernsthafte Worte gesprochen hatte, und sich mit der linken Hand hinter den Ohr kratzte, knipste den Schmied. „Das ist aber wirklich eine verdammte dumme Geschichte. Ja, Röder,“ meinte er trocken, „ich habe da wirklich gute Schafe dazu gekauft, und das müßt Ihr wohl selbst aushaben, wenn Ihr Euch eingekauft habt.“

Na, wißt einer, Röder, Ihr kam es dann ziemlich von seinem Sattel.

Der Meister und seine Frau wählten bedeutungsvolle Blickweiterungen, als Röder diese ernsthafte Worte gesprochen hatte, und sich mit der linken Hand hinter den Ohr kratzte, knipste den Schmied. „Das ist aber wirklich eine verdammte dumme Geschichte. Ja, Röder,“ meinte er trocken, „ich habe da wirklich gute Schafe dazu gekauft, und das müßt Ihr wohl selbst aushaben, wenn Ihr Euch eingekauft habt.“

Mutterfreuden.

Roman von H. Salomon.

Partie.

So hatten sich eine bald zwei Parteien gebildet. Die reichen, alten Bäuerinnen nannten sich die „Alten“, während die andere Partei die „Neuen“ oder auch die „Neumodigen“ genannt wurden. Der Führer der letzteren war der Doktor August Röder, eine hohe, stolze Person mit langem Vollbart. So gut, wie er es verstand, mit dem Hammer umzugehen, so vorzüglich verstand er es auch, seine Meinung in ruhiger, aber nachdrücklicher Weise zur Geltung zu bringen. Er hatte freilich vorher ein steinernes Kind von der Welt gesehen, ehe er sich in Sachsen als Schmied niedergelassen. So manches Jahr hatte er sich hier zuerst summatisch unterzöpfen müssen und konnte auf seiner kleinen Zweig farmen, denn der Bauer ist gegen jeden Neufang müttig. Durch eine ruhige Art und Weise aber und vornehmlich durch seine Schönheit hatte er sich den erblichen Begriff erworben können. Seine gait als eine der gewichtigsten Personen im Gemeinderat, denn seine Meinung beherrschte fast immer die Oberhand.

Das reine Gegentwurf davon war der Großvater Jürgens, der Vater der Alten. Sein breiter, magiger Körper mit dem Stierkopf und mit den mächtigen Lippen, der kleinen breiten Nase und den dunklen, tiefblau schimmernden Augen, welche militärisch mißtrauisch und leicht aufmerksam waren, so daß man diese Augen kaum aus dem Auge lassen konnte. All und jedem wollte er das Gesicht annehmen, das glaubte er dann durch die Gestalt seiner kleinen Tochter zu veranschaulichen.

Es war ja nur zu natürlich, daß zumal der Bauer Jürgen einen ausgeschlagene Hass auf den Schmied Röder hatte, denn der letztere noch in jüngster Hinsicht Hochachtung für den Bauer empfand. Er kannte sich in dessen Begegnung vollständig aus und betrachtete den Schmied als den Vater der Kinder, der die Kinder aus der Tonne holt. So kannte er auch die Freiheit der Presse verurteilt. Im weiteren Bericht der Sitzung sprachen die Kaserne die dem Münchener Soldatenrat ihre Misstrauen aus wegen der Art und Weise, wie die Delegierten zum provisorischen bayerischen Nationalrat gewählt wurden. Der Soldatenrat ist daraufhin zurückgetreten. Die Regierung gibt bekannt, daß die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit bestimmten Truppen angewiesen wurden, erforderlichenfalls von der Waffe Gebrauch zu machen.

Schwere Anschuldigungen gegen den König von Bayern.

Das „Leipziger Tageblatt“ kündigt an, daß Veröffentlichungen bevorstehen, die dem deutschen Volke die Tatsache enthüllen werden, daß wieder und wieder, sogar noch in den letzten Stunden vor der Revolution, König Ludwig von Bayern versucht hat, gegen das Reich zu konspirieren. Nicht nur das Gerücht über den Plan eines südwürttembergischen Rheinbundes hat sich als wahr erwiesen. In seiner Eifersucht auf Norddeutschland soll er es gewesen sein, der den Mut hatte, in der Stunde der höchsten Not die Einheit des deutschen Volkes zu vertragen, um das heilige römische Reich deutscher Nation als katholisches

Kartell-Schäfe, daß er mit dem Meister nichts zu tun habe, ihm nichts saggen und anmerkte, daß gerade infolge der Anordnungen und Maßnahmen des A.- und S.-Rates in Hamburg Ruhe und Ordnung herrsche.

In einer kombinierten Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte, die gestern nachmittag im Gewerkschaftshaus stattfand, betonte Dr. Lassenberg, die Haupttribüne der ganzen Verschwörung sei das frühere Mitglied des Soldatenrates Zeller. Der gewesene Plan sollte in der Nacht zum Montag zur Ausführung gelangen, und man war schon soweit gegangen, daß Senat und Bürgermeistertum veranlaßt werden sollten, am Montag nachmittag eine gemeinsame Sitzung abzuhalten, um für Hamburg sofort eine konstituierende Versammlung einzuberufen, wodurch dem A.- und S.-Rate jeder politische Einfluß genommen werden sollte. Es müsse ausdrücklich betont werden, daß die besonnenen Kreise sowohl im Senat als auch in der Bürgerschaft vor diesen unüberlegten Schritten gewarnt hätten. Der Plan sei vollständig verfehlt, die Hauptansicht seien in Hafte genommen worden. Die Frage sei nun, wie man sich und die Bevölkerung vor äußerlichen Bedrohungen, die schließlich zu einem Bürgerkrieg führen würden, hüte. Es sei unabdingbar erforderlich, daß die heimkehrenden Soldaten über die Tätigkeit des A.- und S.-Rates aufgeklärt und vor den Gegenrevolutionären gewarnt würden. Der von der Mehrheit der Bevölkerung eingeführte A.- und S.-Rate werde sich eine Zähmung seiner Macht, von welcher Seite sie auch kommen mögliche, nicht gefallen lassen und habe auch die Macht dazu, seine Rechte zu verteidigen. Es seien aber Maßnahmen notwendig, um diese Macht zu föhlen und ähnliche Versuche für die Zukunft zu vereiteln. Dr. Lassenberg schlug als eine der wichtigsten Maßnahmen vor, daß das System der Wachmannschaft bedeutend ausgebaut werde und der Polizeidienst nur von solchen Truppen versehen werde, die als überzeugte Anhänger der Revolution bekannt sind. Weiter müsse die bevorzugte Stellung der Offiziere aufgehoben werden, die nur auf den Augenblick warteten, um die heutige Revolution zu beseitigen und wenn möglich das frühere Regierungssystem wieder einzuführen. Den Offizieren müsse das Tragen von Abzeichen an den Uniformen und jegliches Waffentragen streng verboten werden. Die Waffen in den Händen der Offiziere seien eine Gefahr für die Revolution. Ferner dürften Offiziere keine Mitglieder des A.- und S.-Rates sein. Würden die Offiziere fast gestellt, so sei die Hauptgefahr einer Wiederholung der Gegenrevolution beseitigt. Die Einigkeit innerhalb der Sozialdemokratie müsse so schnell wie möglich hergestellt werden, in Hamburg müsse das „Hamburger Echo“ als Einheitsorgan der Sozialdemokratie gelten, das die Politik des A.- und S.-Rates vertritt. Diese Ausführungen fanden allseitige Zustimmung und es gelangte eine Entschließung zur Annahme, die sich mit den Ausführungen des Referenten deckt.

Aus Elberfeld und den Kaufbargewissen.

Dienstag, 10. Dezember.

Meldung, Parteigenossen und Parteigegner! Heute abend findet im Gewerkschaftshaus, großer Saal, eine sehr wichtige Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Der Beginn ist um 7½ Uhr festgesetzt worden, weil infolge der Beleuchtungsmissere bereits um 10 Uhr die Polizeistunde eintrete. Niemand fehle. Mitgliedsbücher sind vorzugeben.

Die Wahlreform in Lübeck

ist gestern von der Bürgerschaft beendet worden. Nunmehr gilt das gleiche Wahlrecht für alle lübeckischen Staatsangehörigen beiderlei Geschlechts, die das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben. Die Hauptfrage ist, daß die Wähler und Wählerinnen bei den bevorstehenden Wahlen von ihrem Wahlrecht den richtigen Gebrauch machen. Dafür zu sorgen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie und der organisierten Arbeiterschaft überhaupt. In der gestrigen Beratung des Gesetzes wurden einzelne Bestimmungen abgeändert und mit denen für die Wahl zur Nationalversammlung in Einklang gebracht.

Die Neugestaltung des Lübecker Bürgerschaftswahlrechts hat verschiedene Stadien durchlaufen. Lange Zeit hat sich eine gemeinschaftliche Kommission von Senat und Bürgerschaft damit zu beschäftigen gehabt, die schließlich zu dem Vorschlag kam, daß von den 120 Mitgliedern der Bürgerschaft 80 aus berufständischen Wahlen hervorgehen sollten. In einer Versammlung des Vereins Hürtort-Marii hat nun Prof. Dr. Grube erklärt, und die „L. Linz.“ haben das durch Sperrdruck hervor, daß auch die Sozialdemokraten damit einverstanden gewesen seien. In Wirklichkeit liegt die Sache aber so, daß die Sozialdemokraten nicht damit einverstanden waren sondern beantragten, allen das gleiche Wahlrecht zu geben. Erst als dieser Antrag abgelehnt und von den Bürgerlichen bestätigt war, nur 80 Mandate für die allgemeinen Wahlen vorgesehen, da haben sie notgedrungen für die 80 Mandate stimmen müssen, um zu verhindern, daß sie auf die geringere Zahl von 80 festgesetzt würden. Wer etwas anderes berichtet, wirkt irreführend.

Mit den kommenden Bürgerschaftswählern beschäftigte sich der Verein Hürtort-Marii in seiner letzten Versammlung. Man hielt den Vaterstädtischen Verein mit seinen wenigen hundert Mitgliedern nicht für die geeignete bürgerliche Organisation zur Vorbereitung der Wahl — früher war die Bürgerschaft nach seinen Wünschen zusammengelegt — sondern glaubt, daß die politischen Parteien besser dafür taugen. Schließlich einigte man sich dahin, daß die Vorbereitungen seitens des Vereinsvorstandes in die Wege geleitet werden sollen.

Die Regelung des Arbeitsmarktes in der Übergangszeit

Der Demobilisierungskommissar hat im Interesse einer Regelung des Arbeitsmarktes Aufrufe erlassen, die wir jüngst im Journalteil veröffentlicht haben. Diese Aufrufe verdienen allgemeine Beachtung. Sie geben den Arbeitgebern Richtlinien für den Fall, daß die Entlassung weiblicher Arbeitkräfte unvermeidlich ist; sie wenden sich an die weiblichen Arbeitkräfte selbst, die nicht dringend auf Verdienst angewiesen sind und weisen sie auf die Notwendigkeit hin, bis zur Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer in das Wirtschaftsleben dem Arbeitsmarkt fernzubleiben. Die Aufrufe wenden sich schließlich an die Auftraggeber in Stadt und Land mit der Befürwortung, die bislang zurückgehaltene Aufträge nunmehr zu erteilen. Das Geschäftsleben hat durch die Vorgänge in der letzten Zeit eine Störung erfahren, deren Rückwirkung auf den Arbeitsmarkt unvermeidbar ist. Ein jeder, der Aufträge zu erteilen hat, kann zur schnellen Wiederbelebung des Geschäftslebens und zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen, wenn er ungesäumt seine Aufträge erteilt, soweit die verfügbaren Materialien dies eben zulassen. Besonders dem Handwerk ist zu wünschen, daß es durch reichliche Erteilung von Aufträgen eine rasche Wiederbelebung erfährt.

Kartoffeln. Durch Bekanntmachung vom heutigen Tage ist jetzt auch die Belieferung der in Abteilung B der lila Kartoffel-Fabrik zusammengefaßten Abschnitte 14 bis 18 mit 50 Pfund Kartoffeln freigegeben. Der Verbrauch dieser Kartoffeln ist für die 6 Wochen, vom 3. März bis zum 7. April 1919, bestimmt. Der Preis beträgt 3,75 Mk. Der Verwaltung wird angeraten, sich umgehend diese Kartoffeln bei einem Händler zu beschaffen, da die Freigabe wieder aufgehoben werden muß, sobald die Zuschriften geringer werden. Dies kann jeden Tag der Fall sein, da der vorgerichteten Jahreszeit möglich mit dem Eintreten von Frostwellen gerechnet werden muß.

Zur Beachtung für die noch nicht entlassenen Kriegsteilnehmer. Um eine ordnungsmäßige Entlassung zu begünstigen, sind die Arbeitsaufsichtsamt vom Staatskommissar für die Demobilisierung angeordnet, einer Anregung der Obersteuer-Steuerabteilung entsprochen, aufzunehmen aus dem kommenden Entlassungsfest der Entlassung in Staatseigentümern und der zuständigen Unterauf-

läufen bei der Entlassung in Privatbetrieben der nicht entlassungsfähigen Entlassenen vorzusehen; es liegt dabei nur im Interesse der noch nicht entlassenen Kriegsteilnehmer, die ordnungsmäßige Entlassung von der Kuppe abzuwarten.

Rücksichtnahme auf Kriegsverletzte im Eisenbahnbereich. Bei der großen Einschränkung des Eisenbahnbetriebs kann es vorkommen, daß behinderte Kriegsteilnehmer und solche Kriegsverletzte, die infolge ihrer Leiden längeres Stehen nicht ertragen können, in den Abteilen der Eisenbahngüter keinen Sitzplatz mehr finden. Um diesem Bedarf abzuheben, hat sich der Lübecker Landesausschuß für Kriegsverletzte an die Direktion der Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft mit der Bitte gewandt, wenn irgend möglich, einzelne Abteile besonders für Kriegsverletzte freizuhalten. Die Lübecker Eisenbahn betont, daß die Freimachung von Sitzplätzen für Kriegsverletzte der bezeichneten Art bei der außerordentlich starken Benutzung der Bahn erhebliche Schwierigkeiten bereite, sie sei aber bereit, versuchsweise solchen Kriegsverletzten durch Aufnahme in das Dienstfahrt die Reise zu erleichtern, und hohe bereits dementsprechende Anordnungen erlassen. Kriegsverletzte, die von dieser Vergünstigung Gebrauch machen wollen, müssen sich zwecks Ausstellung eines Ausweises an den Landesausschuß für Kriegsverletzte, Untertrave Nr. 104, Zimmer 10, wenden.

Abreißbuch 1919. Am Dienstag und Mittwoch liegen die Probebedruckbogen des neuen Abreißbuchs beim Verlage Mengstraße 59 zur Einsicht für jedermann aus. Ramentlich die jetzt aus dem Felde zurückkehrenden und ihren Bonus neu zunehmenden Lübecker seien auf die wirtschaftlichen und persönlichen Nachteile einer Nichtausführung im Buche hingemessen. Da die Arbeiten zur Herausgabe, die Einwohneraufnahme usw. bereits Ende September jeden Jahres beginnen müssen, um das Buch rechtzeitig Anfang Januar fertigzustellen und die Schwierigkeiten führen den Verlag sich mit jedem Kriegsjahr steigern, so sei es jedem, bevor er bei Aenderungen seiner Adresse im letzten Vierteljahr oder früher, empfohlen, sich von der Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Eintragung zu überzeugen. (Siehe Anzeige im Anzeigenteil.)

wb. Hansatheater. „Wenn im Frühling der Sommer...“ ist der musikalische Schwan Heinz Lewins betitelt, der jetzt im Hansatheater gegeben wird. Der Inhalt gleicht den vielen modernen Operetten ähnlichen Kalibers. Also ähnlich blödsinnig. Mehrere Lebewesen steigen und reisen der Steffi Fischelberger, Inhaberin eines Wiener Schönheitssalons nach, von denen gerade der das meiste Glück hat, der es gut nicht mag, sondern nur seine verachtete Reisejacke wieder austauschen wollte. Ein Tanzett zeigt das andere mit mehr oder weniger ansprechenden Melodien ausgestattet, von denen eine Anzahl wiederholt werden müssen. Ausstattung und Dekorationen waren lobenswert. Von den Darstellern seien Gil. Hanzing als Staffi, Frau Frisch als Madame Pittrich und Fri. Nüssbaum als deren Tochter Fränze, sowie die Herren Baumgarten, Engelman, Häsefers und Geyer lobend genannt. Das übervolle Haus applaudierte lebhaft.

Marmorsaal, Theater für die Jugend. Nun ist auch der Weihnachtsmann wiedergelommen, begüßt von tauend fröhlichen Kinderherzen. Nach der gelungenen Vorstellung des reizenden Märchens „Prinzessin von Marzipan“ erschien er leibhaftig mit Sack und Rute in schneeweihem Bart. Er hatte auch schon ein unartiges Kind in seinem Sack drin und ließ es dann zum Jubel der Kinder wieder frei. Dann verlas er die zehn Weihnachtsgeschenke, die sehr belebend, auch mit Humor gemacht, für die Kinder wirkten. Zum Schlus erschien ein lebendes Bild „Die Familie unterm Weihnachtsbaum“. Die Weihnachtsglocken erklangen und alle Kinder im Publikum sangen das Lied: „Stille Nacht, heilige Nacht.“ Auch kleine Geschenke verteilte der Weihnachtsmann.

* Entwendeter Personennig. In den letzten 3 Wochen ist von dem Fuhr eines Hauses in der Breiten Straße ein hellgrüner Personennig mit der Aufschrift „J. G. Niederegger“ gestohlen worden. — In derselben Zeit ist von dem Haushoden eines Hauses an der Untertrave ein Messing-Benzin-Löffel gestohlen worden. Der Benzinhändler des Kolbens ist in dem langen Griff montiert.

Mittels Eisabruces sind aus einem Lagerraum in der Großen Burgstraße gestohlen: 200 Pf. Waschlau, 12 Pf. schwarze Farbe, 4 Pfund Alau, 100 Pf. Paddingpulser, 24 Pf. Bronze, 1 Pfund enthalzend 200 Pf. Paddingpulser, 200 Glas Zitronenfellen, 100 Glas Mandelfellen, 2 Pfund Hirchhornzellen, 2 Pfund Pottasche, 2 Pfund Alau, 25 Meter Därme und 1000 Zigaretten. Gestern abend sind auf dem Hofe Buntkub 17 Hühner mittels Eisabruces gestohlen worden.

* Diebstähne. Gestohlenen wurden zwei helle in der Kleinen Gröpelgrube wohnhaften Arbeiterinnen, die hier verschwunden sind. Diebstähle ausgeführt haben. Hauptfach hatten es die Diebstähne auf Kleidungsstücke abgeschafft, die von ihren Eigentümern achtlos in Lokalen hingelegt waren.

* Einbrecher. Ermittelt und festgenommen wurde ein Schlosser, ein Dreher und ein kleiner Arbeiter, die gemeinschaftlich in die Kriegsfläche am alten Bahnhof eingedrungen waren und dort diverse Außenutensilien gestohlen hatten.

* Ein Schleicherhändler schlimmster Sorte. Ermittelt und festgenommen wurde ein Händler aus Hamburg wegen Schleichhandels. Der als Schleicherhändler schlimmster Sorte hier schon bekannte Händler konnte dabei betroffen werden, als er versuchte, wiederum Schweinefleisch im Gefüngewicht von circa 250 Pf. zum Preise von 16,50 Mk. per Pfund an den Mann zu bringen. Das Fleisch konnte ihm abgenommen und dem Kommunalverband zugeführt werden.

* „Geiftiger“ Diebstahl. In der Nacht zum 7. d. M. sind aus einem an der Obertrave belegenen Weinlager folgende Getränke gestohlen worden: 4 Flaschen Chablis, 3 Flaschen Stephensberger Ausbrum, 2 Flaschen Haut Barjac, 3 Flaschen Breignat, 8 Flaschen echter Bonnelamp, 3 Flaschen Magenbitter, Marke Götz, 3 halbe Flaschen Benediktiner, 30 Flaschen Rheinwein und 5 Flaschen für a 12 Flaschen. — In der Nacht zum 9. d. M. sind aus einem Lagerställer in der Braunstraße 40 Flaschen alter feiner Jamaica Rum gestohlen worden.

Hamburg. Kein Religionsunterricht mehr in Hambuger Schulen. Der Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg beschloß, daß vom 1. Januar ab der Religionsunterricht in allen öffentlichen Schulen und Erziehungsanstalten des ehemaligen hamburgischen Staates fortfällt. Auch Schulordnungen sollen unterbleiben. Es bleibt unbenommen, Religionsunterricht außerhalb der Schule erteilen zu lassen. — Die englische Mission in Hamburg. Montag nachmittag ist die englische Besitzungscommission auf dem Hamburger Hauptbahnhof eingetroffen. Die englische Commission legt sich aus Admiral Beatty, drei englischen und drei französischen Marineoffizieren zusammen. Die Commission bleibt voraussichtlich zwei Tage in Hamburg und besichtigt die für die Instandsetzung der in Hamburg liegenden etwa 30 englischen Handelschiffen getroffenen Maßnahmen. Französische Schiffe befinden sich nicht im Hafen. Der englische Torpedobootszerstörer „Bident“ ist als Verbindungsschiff nachmittags um 4½ Uhr an die Stadt gekommen und hat am Westende der St. Pauli-Landungsbrücken festgemacht.

Aus Nah und Fern.

Eine Bataillonskasse mit 100 000 Mark erstmals. Die Kasse des 2. Bataillons des Eisenbahnregiments in Berlin, die 100 000 Mark bares Geld enthielt, ist zwei jungen Schwestern durch einen Betrugsmann in die Hände gefallen. Sie erschienen auf der Wache des Bataillons, die während der Abreisezeit des Zahlmeisters die Kasse aufbewahrte, und gaben an, vom Zahlmeister den Auftrag erhalten zu haben, die Kasse für ihn abzuladen. Da sie nach der Eisenbahnunterführung, glaubte der Wachbeamte es mit Soldaten zu tun,

ohne Bedenken die gefüllte Kasse aus. Als später wieder zwei Soldaten des Bataillons erschienen, die in Wirklichkeit herausragten, die Kasse anzuhören, stellte sich der Schwund heraus.

Mündungen in Frankfurt a. M. Soldaten drangen in ein Militärlager der Hellhandlung Goldschmidt u. Co., erbrachen die Magazine und waren Tausende von Männern, Stiefeln und anderen Bekleidungsstücken aus den Fenstern, wo diese von einer großen Menschenmenge aufgefangen und fortgeschleppt wurden.

Demolition in Dresden. Sonntag abend gegen 11 Uhr handelte in dem Automatenrestaurant „Postplatz“ ein Soldat mit Zigaretten, weshalb ihm das Lokal verboten wurde. Es entstanden Reiherreien, wobei das Lokal gesperrt und zerstört wurde. Ein großes Aufgebot Polizei und Soldaten konnte die Ordnung wieder herstellen, wobei es zu einem Augenwischen kam. Ein Soldat wurde tödlich verletzt. Zwei Soldaten wurden in Haft genommen.

Zusammenstoß zweier Truppenverbündete. Zwei Truppenverbündete, die mit bauernden Truppen verbündet waren, sind auf dem Bahnhof von Salzburg an der Mur infolge falscher Waffenstellung ineinander gefahren. Sechs Wagen des ersten und die Lokomotive des zweiten Zuges wurden zertrümmert. Mehrere Soldaten sind tot, eine große Anzahl schwer verletzt.

Zugzusammenstoß bei Orleans. „Petit Parisien“ meldet, daß bei einem Zugzusammenstoß in der Nähe von Orleans 68 Personen getötet und 151 verletzt wurden.

Neueste Nachrichten.

Die englische Schiffahrtskommission in Hamburg.

tu. Hamburg, 10. Dezember. (Privattelegramm des L. B.) Die Verhandlungen der englischen Waffenstillstandskommission, die mit Vertretern der deutschen Schifffahrt im Hotel Atlantic stattfanden, werden heute voraussichtlich zum Abschluß kommen und es ist anzunehmen, daß der am Montag nachmittag angekommene englische Torpedobootszerstörer „Bident“ noch am heutigen Tage mit der Kommission an Bord den Hafen verlassen wird. Mit der Fortschaffung der von uns beschlagnahmten mehr als 70 englischen und französischen Schiffen ist die vereinigte Flottille und Flussfahrtsgesellschaft bereit worden. Die Schiffe liegen in verschiedenen deutschen Häfen, einige davon in Libau.

Wahnsinnige Ententeforderungen.

tu. Berlin, 10. Dezember. (Privattelegramm des L. B.) Die englischen Blätter veröffentlichen einen Vorschlag, wie Deutschland die Entschädigung an die Alliierten leisten könnten. Sie betonen, der Wert des Mineralreichthums Deutschlands werde auf 200 Milliarden Pfund Sterling geschätzt. Das Richtige wäre, Deutschland zu zwingen, die Entschädigung an die Alliierten aus seinen Räumen zu leisten und Deutschland zu zwingen, für eine Reihe von Jahren einen gewissen Prozentsatz seiner Kohle und anderer Bodenprodukte, besonders Kali, abzuliefern. Dieses mühte während 30—40 oder gar 50 Jahren geschehen. Wenn Deutschland die Garantie für die Lieferung nicht übernehmen könnte, müssten die Alliierten eine Okkupationsarmee in Deutschland unterhalten, um die Lieferung zu erzwingen. Das wäre zwar lästig, hätte aber den Vor teil, Deutschland zu überwachen und eine Rückkehr zum Militarismus zu erzwingen.

Die Schweizer Presseagentur berichtet, die Alliierten werden eine Beschlagnahme oder teilweise Einziehung der Privatvermögen und Kapitalien in Deutschland durch eine sozialistische Regierung nicht zulassen, da diese Kapitalien zu dem finanziellen Unterstand der Alliierten für die Schadenersatzansprüche an Deutschland gehören.

Zur Unterdrückung des deutschen Bolschewismus.

Rotterdam, 9. Dezember. Nach einer Meldung der „Morning Post“ ist Marshall Foch mit der Leitung der eventuell notwendigen militärischen Maßnahmen gegen die deutsche Armee beauftragt worden. Die Zusammenziehung von Truppen der Alliierten an der deutschen Grenze dauert an. — „Echo de Paris“ schreibt: Nach der Sicherung Pithons im Kammerausschiff sei Foch zum Einsatz in Deutschland bereit. Die Frist der deutschen Bolschewiken zähle nur noch nach einigen Wochen.

Einberufung eines internationalen sozialistischen Kongresses.

Haag, 9. Dezember. Der Korrespondent des Handelsblad in Brüssel erfährt, daß das Völkerkongresskomitee des internationalen sozialistischen Bureaus mit Einverständnis von Vandervelde beschlossen hat, Ende Januar oder Anfang Februar einen internationalen sozialistischen Kongress nach Genf oder Lausanne einzuberufen. Es ist bereits für diesen Kongress eine Einladung an alle großen Parteien des Auslandes ergangen.

Die Internationale Konferenz.

Basel, 9. Dezember. Wie aus Paris amtlich mitgeteilt wird, beginnt die internationale Konferenz nunmehr endgültig am 17. Dezember.

Aufhebung des europäischen Militarismus?

tu. London, 10. Dezember. Reuter meldet: Amtlich wird mitgeteilt, daß die Koalitionsregierung mit der endgültigen Abfahrt zur Friedenskonferenz gehen wird, um dort die Aufhebung der militärischen Dienstpflicht in ganz Europa vorzuschlagen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwanth. Stück. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Der Ausdruck für Kriegshilfe,

Abt. Kleingartenbau

(Geschäftszimmer: Stadtgärtnerei Mühlendamm 7)

übernimmt auch für das Jahr 1919:

1. die **Wentzelstiftliche Beratung** in allen Fragen der Betreibung und Bestellung von Land für den Anbau von Kartoffeln und Gemüse.
2. stellt er jedem Inhaber eines Kleingartens oder von sonstigem zum Bau von Kartoffeln und Gemüse geeigneten Land, dem es an Arbeitskräften fehlt, solche gegen Bezahlung zur Verfügung.
3. beschafft er alle erforderlichen Düngemittel, Sämereien, Saatkartoffeln und Gemüsepflanzen.
4. gewährt er auf Antrag und unterliegenden

Berpflichtung der Arbeitgeber zur Anmeldung des Bedarfs an Arbeitskräften bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis.

Bei den Arbeitsnachweisen stauen sich die Arbeitslosen, die Beschäftigung suchen, denen aber nicht genügend Arbeit nachgewiesen werden kann. Dabei fehlt es auf der anderen Seite für wichtige Arbeiten an den notwendigsten Arbeitskräften. Die Ernährungsindustrie klagt über Mangel an Leuten. Die Gütermägen können aus Mangel an Arbeitern nicht schnell genug entladen werden. Auch in der Kohlensförderung werden Kräfte benötigt. Dieser ungesunde Zustand kann nur beseitigt werden, wenn alle Arbeitgeber die zu beschaffenden offenen Stellen unverzüglich bei dem nächsten nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis melden. Nur dann ist Ausgleich zwischen Arbeitssuchenden und offenen Stellen möglich. Auch die Erwerbslosenfürsorge kann verständig nur durchgeführt werden, wenn alle vorhandene Arbeitsnachgelegenheiten den Arbeitsnachweisen bekannt ist, da alle Unterstützung nur denen gewährt werden darf, für die tatsächlich keine Arbeit vorhanden ist. Alle Arbeitgeber sind daher verpflichtet, ihren Bedarf an Arbeitskräften jeweils auf dem schnellsten Wege bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis zur Namnung zu bringen. Diese Pflicht haben nicht nur die privaten Unternehmer, sondern auch alle Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, bei denen ein Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, ganz besonders aber auch Post und Eisenbahn. Für Ausgleich zwischen den verschiedenen Arbeitsnachweisen wird gesorgt.

Berlin, den 26. November 1918.

Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung. ges. Kosth.

Vorstehender Erlass wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Beachtung der Richtlinien des Erlasses ist auch für Lübeck dringend geboten.

Lübeck, den 9. Dezember 1918.

Der Staatssekretär für die Demobilisierung. Bf. Link.

6612

Bekanntmachung betreffend Preisänderung für Kommunalware.

Gemäß einer Bekanntmachung der Reichsbeteiligungsstelle dürfen diejenigen Kleinhändler, welche von den Kommunalverwänden mit dem Verkauf der diesen durch die Reichsbeteiligungsstelle zugeteilten Waren an die Verbraucher beauftragt sind, zur Deckung ihrer Kosten und für Nutzen künftig einen Aufschluss auf die an den Kommunalverbänden bezahlten Preise bis zu 25% einschließlich Umsatzsteuer berechnen.

Die vom Polizeiamt bestimmten Preise können daher entsprechend umgezeichnet werden.

Für Strümpfe werden die in der Bekanntmachung vom 4. November d. J. festgesetzten Preise wie folgt geändert:

Männerstrümpfe: Gr. 26–30 cm . . Mt. 3.05 das Paar

Frauenstrümpfe: Gr. 10 3.80

11 4.05

12 4.25

Kinderstrümpfe für das Alter von 2–12 Jahren

Gr. 1 . . Mt. 1.85 das Paar

2 2.05

3 2.30

4 2.50

5 2.75

6 2.95

7 3.15

8 3.40

9 3.60

Lübeck, den 9. Dezember 1918.

6618

Pos. Polizeiamt.

Bekanntmachung betreffend die Verteilung von Apfeln.

Zum Einverständnis mit dem Soldaten- und Arbeiterrat bestimmt die Stadt. Obst- und Gemüsestelle hierdurch:

Von jeder Person, welche im Besitz eines Lebensmittelbuches oder einer Lebensmittelkarte ist, kann von Donnerstag, den 12. Dezember ab

drei Viertel Pfund Apfel zum Preise von 65 Pfsg. für das Pfund

gegen Mark Nr. 103 der Warenfarre bei allen von der Stadt. Obst- und Gemüsestelle beliebten Gemüsehandlungen und allen Warenabgabestellen des Konsumvereins entnommen werden.

Bei der Firma Rudolf Vollert Semiramis-Gärtnerei, Geninerstraße 6 steht noch ein langer Pfeiler von Edelholz an den von der Stadt. Obst- und Gemüsestelle eingestellten Preisen zum Verkauf, die Abgabe erfolgt ebenfalls gegen Mark Nr. 103 der Warenfarre.

Wit. dem 16. Dez. verliert die Mark Nr. 103 ihre Gültigkeit. Die Kleinhändler haben die Marken auf Klebefedern aufgeklebt bei denjenigen Großhändlern abzuliefern, welche ihnen die Apfel geliefert haben.

Zurückerhältnisse werden gemäß den bestehenden Vorschriften bestreikt.

Lübeck, den 9. Dezember 1918.

6603

Stadt. Obst- und Gemüsestelle.

Bekanntmachung.

Zum Antritt an die Bekanntmachung vom 21. November 1918 wird hierdurch bekanntgegeben, daß in der Zeit vom 11. bis 20. Dezember 1918 werktäglich von 9–11 und 2–5 Uhr (Sommerzeit nachmittags geschlossen) in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schützenbuden 18, II gegen Abgabe der Solle, von der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle genannten Karte für Kinder im 1. bis 4. Lebensjahr Bezugsausweise für weitere

1 Pfund Haferflocken und

½ Pfund Margarine

ausgegeben werden.

Gegen Stückzettel, auf welche inzwischen Stichzettel entnommen wurden, werden keine Bezugsausweise ausgegeben.

Lübeck, den 9. Dezember 1918.

6612

Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Mittwoch von 9 bis 12 Uhr

Verkauf von Holzschuhen und Sohlen je nach Größe, Preis 1.70 bis 2.10.

Kriegshilfe, Abt. Schuhfürsorge,

Königstraße 12.

Anstellung eines Hohen der Handelskammer.

Bei der Handelskammer ist mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab die Stellung eines Hohen der Handelskammer zu besetzen. Die Anstellung erfolgt zunächst während eines Probejahres mit monatlicher Rendite. Nach befristeter Beendigung der Probe ist die feste Anstellung unter Einräumung von Pensions- und Hinterblebenrechten vorgesehen.

Eigentore Bewerber wollen sich unter Einsichtung ihrer Zeugnisse über ihre bisherige Tätigkeit sowie unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche durch schriftliches Gesuch bis zum 24. d. Mts. bei der unterzeichneten Handelskammer melden.

Lübeck, den 7. Dezember 1918. (6607)

Die Handelskammer.

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.

Geschäftsstelle: (6692)
Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

Hedwig Schümann
Hermann Hille
Verlobte. (6615)
Ratzeburg. Lübeck.

Nach kurzer schwerer Krankheit entstieß sie sanft meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin.

Frau Marie Moll,
geb. Wendler
im 40. Lebensjahr.
Tief betrübt u. schmerzlich vermisse von den Hinterbliebenen. (6620)

Friedrich Moll
nebst Kindern u. all. Angeh. Lübeck, den 8. Dez. 1918.

Silenz vor. Königstraße 92.

Moderne Schmucksachen

Trauringe
in verschiedenen Preislagen.

Gravierung gratis. (6693)

Ein wertiges Publikum wird gebeten.

Fleischarten

zur Anmeldung bei mir vorlegen zu wollen. Auch halte ich meine

Känderanlage

zum Räuchern von Spez., Schinken, Wurst usw. best. empfohlen.

C. Lahrtz

Schlachterei und Wurstfabr.

Kötterstr. 16. 6614

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Transparenzen beim Ausweilen unserer lieben Entschädigungen sagen wir allen Beteiligten unsern innigsten Dank. (6628)

Familie Besse.

Morgenfrau

sofort gefüllt (6626)

Carl Fr. Timm,

Großneicherstraße 16.

Zu sofort gesucht für d. 1. Kl. Kindergarten eine kräft. saubere

Hilfstrau

zum Reinmachen an 3 Tagen des Abends und für die Woche.

Zu meiden des Morgens. (6694)

Glockenickerstr. 18.

Für einen Dienst die Schule verlassenden Knaben wird eine

Elternlehrstelle gesucht.

Ans. u. D. D. 10 an die Exp. (6692)

Zu verkaufen neue Bücher und

Schiffbauteile. (6659)

Schmitz, Bremerstr. 25.

Eine Waschtisch mit Marmor und ein Schieferel zu verk.

6610. Wienerstr. 4.

Ein fast n. Puppenwagen

zu kaufen gesucht. Ans. m. Br.

unter H 100 an die Exp. (6609)

Im Arbeiterrinnenheim

Breite Straße 48, Gutehoff

inden Arbeiterrinnen neu und die

Ausgabe 10 Pf. ein d. Bettes einschl.

Kaffee Mit. 3 im wöchentl. (6691)

Kleine Fuhren

übernahm. (6699)

F. Lorenz, Chauffeur. 21.

Um habe mich in (6618)

Stodelsdorf

Wenzelstr. 35

als pratt. Erst niedergelassen.

Dr. med. Lüders.

Sprechstund. 11½–1 Uhr vorm.

5–6 Uhr nachm.

Sonntags 9½–11 Uhr.

Kernstr. vorl. 1337 (unt. Wilers.)

Als dem Feinde zurück!

Gottfried Stamer

Genin

Holzgerloffelmeister.

Werde meine werte Kundschaf-

in aufzunehmer Weise bedienen.

(Wenn möglich ältes Leben

mitbringen).

Mittwoch, d. 11. Dezember.

mindest 1 Uhr findet im Gasthof

Transvaal, Schwartz

Bankett.

Ernst Fehrmann

Röhlischäfer.

(6619)

Berlauf von prima

Biertheke.

Die Handelskammer.

Freitag, den 13. Dezember:

Margarethe.

Konsumentverein für Lübeck u. Umgeg.

c. G. m. b. H.

Achtung, Mitglieder!

Bis zum Montag, den 16. Dezember

müssen die neuen Lebensmittelkartenhefte in unseren Warenabgabestellen wieder angemeldet werden, worauf wir noch besonder

die zurückgetretenen Mitglieder freundlich aufmerksam machen.

Der Vorstand.

Dienstag und Mittwoch

Auslage der Probekartenbogen des Adressbuches

für 1919

(Straßen- und Einwohner-Verzeichnis)

im Adressbuch-Ver